

27. JULI 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21851 - 33
Fernschreiber 0686090

P/XIV/165 - 27. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Historische Wahrheit und Parteipolitik Von Willi Eichler, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	30
2 - 3	Der Verzicht auf die "ultima ratio" Politische Stärke kann nicht mehr am militärischen Potential gemessen werden	96
4 - 5	Der SDS vor der Entscheidung Zur Delegierten-Konferenz des SDS vom 30. Juli bis 1. August 1959	58
6	Die "Deutschlandpolitik" Ulbrichts Eine Rundfunkrede mit hirnlosen Angriffen geger. die SPD	34

* * *
* * *

Historische Wahrheit und Parteipolitik

Von Willi Eichler, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zum zehnjährigen Bestehen der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) hatten die Vorstandsmitglieder der SPD Waldemar von Knoeringen und Willi Eichler die Tätigkeit der FSK begrüsst, die in freiwilliger Zusammenarbeit von Filmwirtschaft und Öffentlichkeit als demokratische Kontrollinstanz wirkt.

Keine menschliche Einrichtung verdient nur Lob - so wenig wie der Mensch selber. Deshalb war bei dieser Gelegenheit auch auf eine Reihe von freigegebenen Filmen hingewiesen worden, die den Krieg noch immer nicht als das erkennen lassen, was er eigentlich ist: als das schlechthin Abzulehnende. Der FSK wurde dabei keineswegs unterstellt, dass sie absichtlich den Krieg verharmlose. Solche Wirkung ist aber durch manche Filme hervorgerufen worden - wie ein unbefangenes Studium der ernstzunehmenden Filmkritik zeigt, und wie die Spio (die Spitzenorganisation der deutschen Filmwirtschaft), die jetzt auf die Erklärung von Knoeringens und Eichlers antwortet, auch im Grunde anerkennt, wenn sie sagt: "es werde jedoch nicht verkannt, dass einige wenige Grenzfälle kritische Auseinandersetzungen möglich machten".

Völlig unverständlich bleibt die Bemerkung der Spio: "die FSK könne ihre unpolitische Position aber nur halten, wenn sie in ihrer Sprachpraxis frei von jeder parteipolitischen Zielsetzung bleibe".

Die Achtung des Krieges, die bedingt, dass man ihn "weder heroisch verklärt, noch romantisch beschönigt, humoristisch verharmlost oder als unvermeidlich hinstellt", kann doch wohl nicht als ein bloss "parteipolitisches Ziel" hingestellt werden. Das geht wenigstens nicht in einem demokratischen Staat, in dem das Grundgesetz für alle Bürger gilt, das der Würde des Menschen, dem Schutz seines Lebens und dem Bekenntnis zum Frieden den zentralen Platz einräumt. Die Grundrechte der Menschen haben aller Parteipolitik voranzustehen - nur darauf waren die grundsätzlich anerkennenden Bemerkungen zum zehnjährigen Bestehen der FSK gerichtet.

Der Verzicht auf die "ultima ratio"

sp - Es zerrt an den Nerven, nicht nur der Politiker und Diplomaten, wenn in der Auseinandersetzung der Großmächte um die Lösung der brennenden weltpolitischen Probleme seit Jahren kein Ergebnis von entscheidender Bedeutung zustandekommt. Viele, die bisher als interessierte Zuschauer den Gang des politischen Welttheaters verfolgten, beginnen sich von dem immer langwieriger und komplizierter werdenden Problemen resigniert abzuwenden. Denn immer dann, wenn die verhandelnden Staatsmänner an jenem Punkte angelangt sind, wo sie feststellen müssen, daß sie in keiner Weise übereinstimmen, da ihre Interessen einander völlig entgegengesetzt sind, müssen sie sich gleichzeitig einander versichern, daß sie trotzdem in einer solchen Situation auf die Fortsetzung der Politik mit "anderen Mitteln" verzichten müssen. Die "ultima ratio", das ist inzwischen zwingende Einsicht geworden, ist heute nicht mehr letzte Zuflucht der Politik. Sie ist als Wahnsinn außer Kurs gesetzt worden, da ihre Anwendung mit der Vernichtung der Welt gleichbedeutend wäre.

In einer solchen Situation spüren die Verantwortlichen, daß ihnen damit aber das Mittel, das bisher in der Politik mittelbar oder unmittelbar die Entscheidung herbeizuführen pflegte, aus der Hand genommen ist. Die Einschätzung der eigenen und der gegnerischen Stärke, die seit Jahrhunderten zwingendes Moment in der Politik war, hat zwar nicht ihre Bedeutung, aber ihre Eigenschaft, entscheidendes Moment zu sein, verloren. Im Gleichgewicht der atomaren Waffen besteht keine Möglichkeit mehr, ein Übergewicht über den anderen zu schaffen.

Dieser unausweichlichen Konsequenz ist auch der amerikanische Vizepräsident Nixon gefolgt, der anlässlich seines Moskauer Besuches in seinen Äußerungen klar erkennen ließ, daß man sich in einer durch das Wettrüsten heraufbeschworenen Gewaltsituation darauf besinnen muß, daß man miteinander leben müsse. Infolgedessen ist es notwendig, sich von der Kategorie des Machtdenkens freizumachen. Es ist deshalb völlig unverständlich, daß der USA-Geheimdienst Allan Dulles sich angesichts dieser Haltung Nixons mit der Frage beschäftigt, wer militärisch stärker sei, die Sowjets oder die Amerikaner. Eine solche Problemstellung ist heute ohne Belang. Zeigt doch gerade das Verhalten des jungen Politikers Nixon in Moskau und die dort gewechselten Reden, daß man sich von den Kategorien des Machtdenkens entfernen muß, um gleichzeitig nach neuen, zwingenden Momenten in der Politik zu suchen, die ihren Ursprung nicht mehr im militärischen Potential haben.

Gewiß ist es schwer, ein politisches Denken, das sich jahrhundertlang in den Bahnen der Kategorien militärischer Macht bewegte, umzuformen. Zu groß sind die beharrenden Kräfte gedanklicher Vorgänge, die sich in den ausgefahrenen Gleismur allzu gern bewegen. Das Neue ist immer schwierig und muß erst mühsam gewonnen werden, bevor es seine gestaltende Kraft zu offenbaren vermag. Mancheiner vermag sich nicht mehr umzustellen.

Nicht zuletzt schrieb deswegen kürzlich die Mailänder Zeitung "Il Giorno", daß es dem großen Alten (Adenauer) vielleicht bestimmt sei, den Zusammenbruch seiner Politik zu erleben, da diese Politik ihrer Meinung nach auf falschen Voraussetzungen gegründet sei. Eine dieser falschen Voraussetzungen aber war für die italienische Zeitung die Erwartung Adenauers, daß auf seine Kriegsdrohungen hin die andere Seite kapitulieren werde. Es ist interessant, daß "Il Giorno" die Frage stellt, ob Adenauer nicht dasselbe auch in der Innenpolitik erwarte.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Abwendung von der Gewaltpolitik und die damit verbundene Degradierung alles Militärischen eine im Zuge der Zeit liegende Entwicklung darstellt, die auf internationale Entspannung ausgeht. Sie wird alle althergebrachten Vorstellungen in der Politik überspielen. So manche alte überkommene Vorstellung in der Politik wird über Bord geworfen werden müssen, indem der Begriff der politischen Stärke nicht mehr am militärischen Potential gemessen werden kann, sondern an neuen Faktoren zu gewinnen ist, die außerhalb alles Militärischen liegen. Die Politik beginnt allmählich, neben das Gleichgewicht des Grauens zu treten, aus dem negativ die gebieterische Forderung abzuleiten ist, in der Politik auf die "ultima ratio" zu verzichten.

Nun aber erhebt sich die Frage, aus welchen neuen Mächten Faktoren gewonnen werden können, die einen zwingenden Charakter besitzen und demzufolge an die Stelle des militärischen Potentials treten können, damit in der Politik eine Kontinuität möglich wird.

Im Grunde genommen haben die beiden Großmächte sich schon auf eine Nacht besonnen, indem sie im gegenseitigen Austausch Ausstellungen veranstalten, die einen Einblick in die Leistungsfähigkeit ihrer Völker geben sollen. Damit richtet sich die Aufmerksamkeit auf die zwingende Kraft, die in der Leistungsfähigkeit eines Volkes oder politischen Raumes enthalten ist und zum gestaltenden Mittel in der Politik entwickelt werden kann, indem sich die Völker in friedlichem Wettstreit messen und in konstruktiver Weise ihre wirtschaftliche und kulturelle Kraft entscheidendes Mittel in der Politik werden lassen, so daß sich auf diese Weise ein neuer politischer Stil in der Welt heranbilden läßt. Die Entfaltung eines wirtschaftlichen und kulturellen Wettstreites würde dann neben das Gleichgewicht der Waffen treten, die Waffen immer mehr und mehr in den Hintergrund drängen, wodurch eine Atmosphäre geschaffen werden könnte, in der die weltpolitischen Probleme einmal gelöst werden können, indem das Machtdenken nicht mehr im Zentrum der Politik steht.

Auch im Hinblick auf das Deutschland-Problem wäre es leichter, zu einer Einigung zu kommen, wenn man die der Gewaltsituation entsprechende Militärblockpolitik in eine Politik der Entspannung umwandeln würde, um dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, durch Wiedervereinigung seinen Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West leisten zu können.

Der SDS vor der Entscheidung

sp - Vom 30. Juli bis 1. August wird in Göttingen die vorverlegte Delegierten-Konferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) durchgeführt werden, die notwendig wurde, da sich in der letzten Zeit innerhalb des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes ernsthafte Auseinandersetzungen über die politische Richtung dieses Verbandes ergeben hatten. Sie hatten sich an den Beschlüssen des Frankfurter "Kongresses für Demokratie" vom 22. und 23. Mai 1959 entzündet. Damals hatte der Kongreß u.a. auch Entschlüsse geilligt, die zu der grundsätzlichen Politik der Sozialdemokratischen Partei im Widerspruch stehen. Aus diesem Grunde protestierte ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft in der Hochschulgruppe gegen eine solche politische Praxis, so daß der Vorstand des SDS den Vorsitzenden, Hüller, mitsamt seinem Presse-referenten durch einstimmigen Beschluß absetzen mußte. Um den Willen der gesamten Mitgliedschaft zu entsprechen, berief außerdem der restliche Bundesvorstand eine Delegierten-Konferenz nach Göttingen ein, damit eine neue Vorstandschaft gewählt werden könne. Die Tagesordnung dieser Konferenz sieht einen Bericht des amtierenden Vorsitzenden, Günther Kallauch, sowie eine Stellungnahme des suspendierten Vorsitzenden, Oswald Hüller, vor. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei wird auf dieser Konferenz durch den stellvertretenden Parteivorsitzenden, Waldemar von Knoeringen, und dem Mitglied des Vorstandes, Willi Eichler, vertreten sein.

Im Verlauf der Tagung wird Waldemar von Knoeringen Gelegenheit nehmen, im Namen des Parteivorstandes der SPD eine grundsätzliche Erklärung zum Verhältnis SDS - SPD abzugeben und den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei in allen durch die Krise im SDS aufgeworfenen politischen Fragen erläutern. Von den SDS-Hochschulgruppen sind inzwischen zahlreiche Anträge eingegangen, die erwarten lassen, daß es zu heftigen Auseinandersetzungen in grund-

27. Juli 1959

sätzlichen Fragen sozialistischer Politik kommen wird. Die Skala der Anträge reicht von der Neufassung der Grundsätze über die Änderungen der Statuten bis zu einer Verschärfung der Ausschlußordnung. Es wird daher bei dieser Konferenz von einiger Bedeutung sein, daß inmitten der jungen Diskutierenden und um politische Klarheit ringenden Studenten Männer wie Waldemar von Knoeringen und Willi Eichler sein können, an deren grundsätzlicher Haltung sich die sozialistischen Studenten in der Erarbeitung einer politischen grundsätzlichen Plattform orientieren können.

Es wird daher eine gewisse Rolle spielen, ob sich die Delegierten-Konferenz dazu bereitfinden wird, sich eindeutig von der Tätigkeit der Studentenzeitschrift "Konkret" zu distanzieren und in welcher Weise sie die grundsätzlichen Erklärungen des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Waldemar von Knoeringen aufnehmen wird. In einer solchen Situation wäre es außerordentlich bedauerlich, wenn sich gewisse Kreise im Sozialistischen Studentenbund über die Erfahrung und den festen politischen Standpunkt alter bewährter Sozialisten, wie es Waldemar von Knoeringen und Willi Eichler sind, hinwegsetzen sollten.

Die Arbeitsfähigkeit des SDS wird außerdem von dem Ausgang der Wahl des neuen Bundesvorstandes bestimmt werden. Bis zur Stunde ist noch kein Vorschlag für einen neuen Vorsitzenden bekanntgeworden, der sich auf das Vertrauen der Mehrheit aller Gruppen stützen könnte. Die Situation ist daher besonders ernst, so daß die Sozialdemokratische Partei ihr Verhältnis zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund von den Beschlüssen abhängig gemacht hat, die auf dieser Delegierten-Konferenz gefaßt werden. Der Tagung kommt daher eine besondere politische Bedeutung zu.

Die "Deutschlandpolitik" Ulbrichts

Der "erste Sekretär" der SED, Walter Ulbricht, hat eine Rundfunkrede dazu benutzt, das auch hier in der Bundesrepublik in gewissen Kreisen beliebte Spiel zu treiben, Gegensätze zwischen sozialdemokratischen Politikern und innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zu konstruieren. Immer wieder das gleiche Rezept: Einige sozialdemokratische Politiker werden von Ostberlin her angegriffen und andere deshalb nicht, damit sie von Bonn her verdammt werden können, und so die ganze SPD in die Zange genommen werden kann. So werfen sich diejenigen, für die die Sozialdemokratie der Hauptfeind ist, die Bälle zu.

Wieder einmal "begrüßt" Ulbricht den Deutschlandplan der SPD, um ihn im gleichen Atemzuge seiner "zahlreichen Widersprüche" wegen zu verdammten. Er bringt diesmal nur insofern eine neue Nuance, als er "Hintergedanken von Erler und Carlo Schmid" entdeckt, die mit dem Deutschlandplan der SPD die "DDR unterminieren" wollen. Wieso eigentlich nur Erler und Schmid? Der "Vorwurf" trifft jeden Sozialdemokraten. Wieso eigentlich "Hintergedanken?" Daß der Deutschlandplan der SPD das Mittel ist, die SED zu zwingen, Farbe zu bekennen, daß der Deutschlandplan das Mittel ist, der SED die Möglichkeit zu nehmen, von der Einheit Deutschlands zu reden und sie zu sabotieren, daß er das Mittel ist, die Herrschaft der SED-Usurpatoren zu "unterminieren" und zu Fall zu bringen, liegt doch klar zutage.

Willy Brandt, über den gerade jetzt einige Leute in Westdeutschland die Stirn runzeln, weil er es gewagt hat, den amerikanischen Außenminister im Gespräch auf einen gangbaren Plan für die Wiedervereinigung hinzuweisen, Willy Brandt wird von Walter Ulbricht unter die "trojanischen Esel" eingereiht. Es dürfte ihm kaum etwas ausmachen, von denen über und über, die die Wiedervereinigung fürchten, geschmäht zu werden.

Mit den "trojanischen Eseln" macht Ulbricht eine billige Anleihe bei Kurt Schumacher und beweist klar, daß er in der Ausdrucksweise so wenig eigene Einfälle hat, wie in der Politik. Die "Betroffenen" werden mit dem guten alten Gleim denken:

"Denn was von mir ein Esel spricht,
Das acht' ich nicht!"

+ + +